

**XXXVII. COSAC**  
**Berlin, 13. bis 15. Mai 2007**

18. Mai 2007

**Zusammenfassung zu TOP:**

**„Grundsatzrede der Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland und Vorsitzende des Europäischen Rates, Frau Dr. Angela Merkel, zur Zukunft von Europa“**

Gastrednerin: Frau Dr. Angela Merkel

Die Bundeskanzlerin und Vorsitzende des Europäischen Rates Dr. Angela **MERKEL** bekannte sich in ihrer Rede auf der Konferenz der Europaausschüsse der Parlamente der Europäischen Union (COSAC) am Montag, dem 14. Mai 2007 zu Frieden, Freiheit, Verantwortung, Gerechtigkeit, Respekt und Toleranz als Grundwerte der EU. Diese müssten Richtschnur des Handelns der Gemeinschaft sein. Sie rief die Mitgliedstaaten der EU auf, ihre Kräfte und Interessen zu bündeln, um in einer global zusammenwachsenden Welt die Werte der Union und das europäische Sozialmodell durchzusetzen. Mit einer gemeinsamen Klimaschutzpolitik stelle sich die EU ihrer Verantwortung für die zukünftige Entwicklung der Welt; Schwellenländer, aber auch die USA würden im Klimaschutz nur folgen, wenn die EU vorgehe. Zentrale Frage der Zukunft Europas sei die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft. Diese könne der Vertrag von Nizza für eine Gemeinschaft von 27 Mitgliedern nicht mehr gewährleisten. Mit Blick auf die Beitrittskandidaten Kroatien und Mazedonien, die der Konferenz als Beobachter beiwohnten, stellte die Bundeskanzlerin fest, dass die aktuellen Strukturen der EU die Aufnahme weiterer Mitglieder erschwerten. Daher habe die auszuarbeitende Verfassung vorrangig die institutionelle Handlungsfähigkeit der Union sicherzustellen und diejenigen Aufgaben auf die EU zu übertragen, die nur durch die EU gelöst werden könnten. Dies gelte zum Beispiel für die Energiepolitik. Gleichzeitig mahnte Frau Dr. Merkel, die „Ängste der Bürger vor der EU als einem Superstaat“ ernst zu nehmen. „Der Verfassungsvertrag bietet auf diese Ängste der Bürger Antworten, indem er die stärkere Beteiligung der nationalen Parlamente und die stärkere Mitsprache der Regionen vorsieht“, sagte sie. Es dürfe in der Diskussion um die Verfassung auch nicht übersehen werden, dass immerhin 18 der 27

Mitgliedstaaten dem Verfassungsvertrag zugestimmt hätten. Die Bundeskanzlerin betonte, dass es die Aufgabe der deutschen Ratspräsidentschaft sei, einen Fahrplan für den Verfassungsprozess auszuarbeiten, nicht aber, die inhaltlichen Probleme zu lösen. Dies solle unter der französischen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2008, spätestens jedoch bis zur Wahl des Europaparlaments 2009 geschehen. In Bezug auf die Außenpolitik der Union hob Frau Dr. Merkel die auf dem EU-USA-Gipfel am 30. April dieses Jahres verabredete transatlantische Wirtschaftspartnerschaft mit den USA und den am 18. Mai 2007 stattfindenden EU-Russland-Gipfel hervor. Abschließend bekräftigte die Bundeskanzlerin ihre „tiefe Überzeugung“, dass die „Europäer die Welt friedlich und demokratisch gestalten wollen“.